

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2961

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2961



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Stoppt den radikal-islamistischen Terror!

Forderungspapier der SVP-Fraktion vom 20. November 2020

Ausgangslage

Europa ist von einer neuen islamistisch motivierten Terrorwelle erfasst worden. Vornehmlich junge, muslimische Männer missbrauchen die Gastfreundschaft, das Asylwesen und die Reisefreiheit im Schengen-Raum, indem sie Hass und brutale Gewalt gegen die liberale Gesellschaftsordnung richten, in die sie angeblich geflüchtet sind. Auch in der Schweiz leben zahlreiche Gefährder, Hassprediger, Dschihad-Rückkehrer und sonstige Personen, die sich in radikalisierten Netzwerken sowie Gruppierungen bewegen und so ein enormes Gefahrenpotenzial für die Schweiz und ihre Bevölkerung darstellen.

Derweil wollen links-grüne Kreise die Verschärfung von Gesetzen und weitere Massnahmen hinauszögern bzw. verhindern und betreiben dadurch Täterschutz zulasten der Sicherheit in der Schweiz. Stattdessen setzen sie sich aus einem falschen humanitären Verständnis heraus dafür ein, dass immer mehr Migranten mit unklarer Identität aus Aktionsgebieten von radikal-islamistischen Terrorgruppierungen möglichst direkt in die Schweiz gelangen.

Forderungen der SVP-Fraktion

Die SVP-Fraktion fordert zum Schutz der Schweizer Bevölkerung vor islamistisch motivierten Terrorakten:

- Die **konsequente Ausschaffung** von Gefährdern, Hasspredigern und radikalisierten Personen bzw. den **Entzug der schweizerischen Staatsbürgerschaft** im Falle von Doppelbürgern. Bis zum Vollzug der Ausschaffung sind diese Personen **von Sozialhilfe auszuschliessen** (Nothilfe) und je nach Gefährdung **permanent zu überwachen oder in Haft zu nehmen**.
- Die **geschlossene Unterbringung oder permanente Überwachung von Asylbewerbern** mit unklarer Identität oder Herkunft aus Gebieten mit hoher Präsenz von terroristischen, gewalttätigen oder extremistischen Gruppierungen bis zur Klärung des Gefährdungspotentials. Konsequente Ausschöpfung aller Mittel, namentlich Untersuchung von Mobiltelefonen und elektronischen Datenträgern, zur Ermittlung der Identität sowie des Gefährdungspotenzials.
- Die **Aussetzung von Resettlement-Programmen** (direkte Asylerteilung durch den Bundesrat an Flüchtlingsgruppen) aus Gebieten mit hoher Präsenz von terroristischen, gewalttätigen oder extremistischen Gruppierungen.
- Die **Überwachung von radikalen muslimischen** Glaubensgemeinschaften und Moscheen sowie ein **Verbot der Finanzierung aus dem Ausland**.
- **Verhüllungsverbot**: keine Verhüllung des Gesichts im öffentlichen Raum und kein Zwang, das Gesicht im öffentlichen Raum zu verhüllen (gemäss [Volksinitiative 'Ja zum Verhüllungsverbot'](#)).
- Die baldmöglichste **Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus** durch den Bundesrat. Die SVP-Fraktion fordert von SP, Grünen und Grünliberalen bzw. von deren Jungparteien, auf das **Referendum zu verzichten**, um die Inkraftsetzung des Gesetzes angesichts der aktuellen Lage nicht hinauszuzögern.

Konkrete Massnahmen der SVP-Fraktion in der Bundesversammlung

Zur Umsetzung der obengenannten Forderungen trifft die SVP-Fraktion im Hinblick auf die bevorstehende Wintersession 2020 folgende Massnahmen:

- Ordnungsantrag auf Behandlung der folgenden im Nationalrat hängigen Vorstösse während der Wintersession 2020:
 - [19.3301](#) Motion. Addor Jean-Luc. Systematische Ausbürgerung von "Dschihad-Touristen" mit doppelter Staatsbürgerschaft
 - [19.3306](#) Motion. Addor Jean-Luc. Kein Rückkehrrecht für "Dschihad-Touristen"
 - [19.3376](#) Motion. Büchel Roland. Konsequentes Vorgehen gegen Dschihad-Rückkehrer und Terrorunterstützer
 - [19.4005](#) Motion. Fraktion SVP (Wobmann Walter). Stopp der Ausbreitung des radikalen Islams in der Schweiz!
 - [19.3598](#) Motion. Quadri Lorenzo. Schluss mit dem einfachen Zugang zur Sozialhilfe für Dschihadistinnen und Dschihadisten!
- Antrag auf aktuelle Debatte «Schutz der Schweizer Bevölkerung vor islamistisch motiviertem Terror» in der Wintersession 2020.
- Einreichung folgender Fraktionsmotionen in beiden Räten und Antrag auf eine ausserordentliche Session zur beschleunigten Behandlung in der Frühjahrsession 2021:
 - *Nummer folgt.* Motion. Fraktion SVP (Bircher Martina). Asylbewerber aus Risikogebieten oder ohne Identitätsnachweis geschlossen unterbringen oder überwachen.
 - *Nummer folgt.* Motion. Fraktion SVP (Buffat Michaël). Aussetzung von Resettlement-Programmen aus Risikogebieten
- Antrag in der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats zur beschleunigten Behandlung der *Parlamentarischen Initiative* [20.465](#) *Tuena Mauro. Gesicherte Unterbringung von staatsgefährdenden Personen.*
- Antrag in der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats zur beschleunigten Behandlung der *Motion Fraktion SVP (Büchel Roland Rino)* [19.3034](#) *Sicherheitshaft für Dschihad-Rückkehrer.*